

auf die malaischen
a und das außer-
auf die Türkei ent-
banischen Kinder-
n sowie die 3 Mil-
türkischen Balkan-
ben sollte man die
nehmen, zumal die
rundeinstellung der
darüber gestatten,
er in ihre verschie-
Christenheit eines
berstehen könnten.
als übertriebene
erinnere sich lieber
den Plan verfolgt
es Weltreich aufzu-
zu diesem Zwecke
konstellationen, die
Europa und seiner
nen wiederkehren,
wir sprachen, mahnt
Christen auf unserer
Abmond überannt
... nm.

Nachrichten.

g der Kriegsschul-
er, abends 8 1/2 Uhr,
das Gymnasiums,
die der Historische
hat. Karten sind in
en; 50 Pfg. für alle

inner.

osen Vortrag von
r Martin Luther.
hergl. willkommen.
1/2 Uhr Affaphaum.

er vorm. Brinkhoff-
e ke zur Lage. Der
Abendkaffe. Karten
phir, Bäckerei und
0 Pfg. Erwerbslose
Bethel-Gadderbaum.

Berrenrad abhanden
ijung, graue Conti-
trische Verholampe,
las" Gepäcksänder,
hen 10 und 12 Uhr
Bethelische abhanden
nn die Geschäftsstelle

Bethel

findet am Donner-
Uhr im Ophir-Hofe

er Anstalt Bethel.

er, fährt unser Auto
und Eisen durch die
gebeten, diese Sachen

er Anstalt Bethel.

Kaufmann?

er Kaufmann sucht
Teilhaberschaft oder
en Tausend Mark.
Transportwesen und

tsstelle des Aufwärts

Nachzeit

ochen von Obst
ise empfehlen wir
ere bewährten

nium-

ch-Kannen

bielen wir Ihnen, in
men Werkstoffe herge-
waren, Sessel und
e an.

stätten
bei Bielefeld

Aufwärts

Bezugspreis:

Er scheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und
0.38 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifband 1.35 (inkl. Postgebühren). Preis der
Eingangsnummer 10 Pfg. Postfachnummer Hannover 97 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Die Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile über deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 50 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pfg.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 97 577.

Nr. 234.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 2. November 1933.

15. Jahrgang.

Gott hat dich nicht von den Leuten, sondern unter
die Leute geworfen, denn es ist der Mensch auch um des
andern willen geschaffen. Luther.

Umschau.

Der Aufmarsch im Osten. — Der Wortbruch der Hoch-
gerüsteten. — Vertagung in Genf. — Deutschland
sieht zu Hitler. —

Zeitungsnachrichten zufolge hat Japan den Vereinig-
ten Staaten den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vor-
geschlagen. Die Vereinigten Staaten haben den Vorschlag
der Japaner abgewiesen. Witzartig beleuchtet dieser Vor-
gang die weltpolitische Lage am Stillen Ozean.

Daß es früher oder später zu einer kriegerischen Aus-
einanderetzung zwischen Japan und Rußland kommen
müsse, ist von führenden Staatsmännern der beteiligten
Mächte selbst ausgesprochen worden. Japans Spiel aber
wäre ganz zweifellos gewonnen, wenn es in diesem
Kriege nur gegen Rußland die Waffen zu führen hätte.
Man kann daher den Wunsch der Japaner begreifen, sich
den Rücken frei zu halten und sich vertraglich die Neutra-
lität Amerikas zu sichern. Andererseits kennt man die
nicht unbegründeten Sorgen, mit denen von Washington
aus die elementare Expansionspolitik der Japaner im
fernen Osten verfolgt wird. Die Interessen, die Amerika
auf der östlichen Halbkugel gegen Japan zu verteidigen
hat, sind so vitaler Natur, daß es im Falle eines russisch-
japanischen Krieges ganz zwangsläufig auf die Seite
Rußlands gedrängt würde. Die sensationelle Annähe-
rung des hochkapitalistischen Washington an das bolsche-
wistische Moskau deutet in ihrem machtpolitischen Teil
ja denn auch ganz klar in dieser Richtung. Dieses welt-
politisch so außerordentlich bedeutsame Ereignis wäre in
seiner Wirkung vollständig zunichte gemacht worden,
wenn die Amerikaner auf das Angebot der Japaner ein-
gegangen wären und sich zum Abschluß eines japanisch-
amerikanischen Nichtangriffspaktes bereit erklärt hätten.
Washington hat nichts anderes getan, als es tun mußte:
es hat Japan gegenüber seine Handlungsfreiheit gewahrt,
so daß Japan nach wie vor damit zu rechnen hat, daß es
im Ernstfall nicht nur mit Rußland, sondern auch mit dem
weit gefährlicheren Amerika die Waffen zu kreuzen hat.
Jimmerhin hat sich Japan mit dem strategischen Ausbau
der Karolinen und der Marianen wie auch neuerdings der
Bonin-Inseln eine Sperrzone im Stillen Ozean geschaf-
fen, deren Durchbrechung für die amerikanischen Kriegs-
schiffe ein fast aussichtsloses Beginnen wäre. Nicht nur
befindet sich die maritime Schlagkraft der Japaner auf
einer erstaunlichen Höhe, sondern namentlich auch die
japanische Luftflotte ist in einer Weise ausgebaut, daß sie
heute den amerikanischen Luftstreitkräften bei weitem
überlegen ist. Auch darf man nicht übersehen, daß die
südamerikanischen Staaten in steigendem Maße ihre
Panzerkreuzer, Unterseeboote und sonstigen Kriegsfahr-
zeuge auf japanischen Werften bauen lassen — zur Zeit
handelt es sich um 35 Einheiten —, die natürlich im Ernst-
fall sofort in den Dienst des japanischen Admiralsstabes
gestellt würden.

Das alles sind Dinge, die mit den in Genf seit Jahr
und Tag verzapften Friedens- und Abrüstungsmanifesten
herzlich wenig zu tun haben. Eins hängt natürlich am
anderen, und wenn Japan gegen Rußland rüstet, dann
muß Amerika gegen Japan rüsten. Und damit weder
Japan noch Amerika irgendwo auf dem Weltball die Füh-
rung an sich reißen, muß selbstverständlich auch das um-
seits Weltreich gitternde Albion rüsten. Rüftet aber Eng-
land, dann rüstet auch Frankreich — und so geht die Kette
ohne Ende weiter bis zur nächsten Völkerkatastrophe.
Und was hat man einst in Versailles unterschrieben? —
Da heißt es im V. Teil des Versailler Diktates ganz klar
und eindeutig:

„Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschrän-
kung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutsch-
land, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das
Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau innezu-
halten.“

Deutschland hat diese Bestimmungen genau — viel-
leicht allzu genau — innegehalten. Es hat zerstört: 6 Mil-
lionen Gewehre und Karabiner, 105 000 Maschinenge-
wehre, 28 470 Minenwerfer, 54 887 Geschütze und Rohre,
38 750 000 Geschosse, 490 000 000 Patronen für Gewehre,
Karabiner und Pistolen, 59 Tanks und 14 014 Flugzeuge.
Nicht enthalten in diesen Zahlen sind die 5000 Geschütze,
die 25 000 Maschinengewehre, 3 000 Minenwerfer und
1 700 Flugzeuge, die auf Grund des Waffenstillstandsver-

trages schon vorher an die Feindmächte ausgeliefert,
bzw. zerstört worden waren.

Das hat Deutschland getan!

Und was taten die anderen? — Hielt sie Wort?
Kamen sie ihrer vertraglichen Verpflichtung nach? Rüste-
ten sie nun ihrerseits ab, nachdem Deutschland — „um die
Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller
Nationen zu ermöglichen“ — seine Waffen vernichtet
hatte? — Nein! Diese edlen Vertreter der Kultur und der
Zivilisation, für die sie angeblich Millionen und Millionen
ehrlieber Soldaten in den Tod getrieben hatten, taten
nichts als nur das eine: sie rüsteten fieberhaft weiter, sie
rüsteten in einem Ausmaß, dem gegenüber sogar die Vor-
stellungskraft der Frontgeneration verfliegen mußte.
Keinen perfideren Wortbruch kennt die Weltgeschichte,
als den Abrüstungsbetrug, mit dem sich die verantwort-
lichen Staatsmänner von Versailles und Genf vor den
Bölkern der Erde schuldig gemacht haben. Einem solchen
schamlosen Falschspiel gegenüber konnte es für eine an-
ständige und ehrliebende deutsche Regierung nur eine
einzige Antwort geben. Und diese Antwort hat unser
Volksskanzler Adolf Hitler den Herren in Genf am Sonn-
abend, den 14. Oktober, erteilen lassen. Deutschland
konnte nicht anders handeln. Bei der gewaltigen Rund-
gebung im Berliner Sportpalast, bei der die innere Ver-
bundenheit des Führers mit dem Volke mit stürmischer
Begeisterung zum Ausdruck kam, hat Hitler sein außen-
politisches Programm ganz klar entwickelt:

„Wir wollen mit allen Frieden haben. Wir wollen aber
auch, daß die anderen daraus endlich die Konsequenzen ziehen,
und zwar ganz klare Konsequenzen. Wir lassen uns weder
als minderwertig behandeln, noch werden wir jemals etwas
unterzeichnen, das wir nicht unterzeichnen dürfen, weil es ehr-
würdig ist, noch lassen wir uns jemals durch irgendeine Dro-
hung von diesem unserem Grundgesetz abbringen. Ich für
meine Person erkläre, daß ich jederzeit lieber sterben würde,
als daß ich etwas unterschriebe, was für das deutsche Volk
meiner heiligsten Ueberzeugung nach nicht erträglich ist!“

In diesem Punkte sind sich Volk und Führer einiger-
maßen einig. Und wenn etwas das deutsche Volk un-
trennbar an seinen Kanzler schmiedete, so ist es sein
heroischer Kampf um die Ehre eines Volkes, das man seit
fünfzehn Jahren systematisch gedemütigt und auf die
Stufe eines primitiven Kannibalenstammes hinabge-
drückt hat. Das deutsche Volk ist erwacht, es hat wieder
zu sich selbst gefunden, es wird auf Gedeih und Verderb
in dieser seiner elementarsten Lebensfrage mit seinem
Führer zusammenstehen.

Kolonialpolitik und Kolonialmandat

Der koloniale Gedanke befindet sich in einem Stadium
allseitigen Interesses. Hauptächlich ist es einmal die
deutsche Raumfrage, die hier den Ausschlag gibt. Der
Kampf um den deutschen Lebensraum ist Schicksalsfrage
unseres Vaterlandes. Das Versailler Diktat hat mit sei-
nem sinnlosen Eingriff in deutsches Volksgebiet, mit dem
unerhörten Raub echten deutschen Landes aus uns ein
Volk ohne Raum gemacht. Hierdurch wurde die deutsche
Raumnöte erst ins Unerträgliche gesteigert. Zudem nahm
man uns auf Grund der Artikel 119 bis 127 des Versail-
ler Diktates unseren kolonialen Besitz, nahm uns jeden
staatsrechtlichen und privatrechtlichen Anspruch auf dieses
Gebiet.

Ein zweiter Grund scheint mir in folgendem zu liegen.
Ein Blick auf unsere koloniale Vergangenheit lehrt, daß
ein starkes Nationalgefühl immer die Triebfeder zu Ge-
danken nach überseeischem Besitz war. Das war ein durch-
aus natürliches Denken, denn nur dann, wenn die inner-
staatlichen Verhältnisse eines Landes geordnet sind, kann
sich ein Staat auch in seiner Außenpolitik mit dieser Frage
beschäftigen. Schon der Begründer unseres ehemaligen
Kolonialreiches, Bismarck, hat dies als Voraussetzung
betrachtet, als er im Januar 1883 sprach: „Zu Kolonien
gehört ein Mutterland, in dem das Nationalgefühl stär-
ker ist als der Parteigeist.“

Diese beiden Grundtatsachen lassen also den Kolonial-
gedanken so stark in den Vordergrund treten. Raum-
politische Betrachtungen zwingen uns, nach Wegen zu
suchen, die auf die Dauer einen Teil unseres Bevölke-
rungsüberschusses in eigenes deutsches Gebiet ableiten.
Wir wissen dabei, daß im nationalsozialistischen Sinn hier
zuerst an eine Ausdehnung im Anschluß an das bestehende
Reich gedacht ist. Die Devise unserer Reichsregierung
lautet in diesem Punkt: Ostpolitik, nicht Ostorientierung.

Die verlegene Vertagung der Genfer „Abrüstungs“-
verhandlungen hat erwiesen, daß die Absage Deutschlands
an Genf den Vertretern der hochgerüsteten Staaten das
Konzept doch gewaltig verdorben hat. Aber wenn es jetzt
auf einmal aus diesem oder jenem Winkel der Welt heißt,
ohne Deutschland ginge es nicht, und man möge doch ver-
suchen, mit uns im Wege direkter Verhandlungen wieder
ins Reine zu kommen, dann heißt es, auch vor derartigen
scheinbar so schmeichelhaften Neuierungen auf der Hut zu
sein. Denn für Deutschland gibt es herzlich wenig zu ver-
handeln. Wir haben die Verträge erfüllt und haben nun
nichts anderes zu tun, als abzuwarten, wann endlich auch
die anderen erfüllen. Die Lage ist durchaus klar. Deutsch-
land hat bis zur Selbstvernichtung abgerüstet, hat also
vertragsgemäß die Voraussetzung für eine „allgemeine
Rüstungsbeschränkung aller Nationen“ reiflos geschaffen.
Auf diese „allgemeine Rüstungsbeschränkung“ der ande-
ren Staaten aber wartet die Welt seit einem hal-
ben Menschenalter vergeblich. Man erfand immer wieder
neue Vorwände, neue Ausreden, neue Lügen, um sich an
den feierlich eingegangenen Verpflichtungen fortgesetzt
vorbeizudrücken. Und nun sollte es auf einmal die natio-
nale Wiedergeburt des deutschen Volkes sein, die eine
Einsöpfung der vertraglichen Zusagen in bezug auf die
deutsche Gleichberechtigung und die internationale Ab-
rüstung unmöglich mache. Wäre aber die nationale Wie-
dergeburt des deutschen Volkes nicht erfolgt, dann hätte
man uns in Genf nun auch noch die Reichswehr zerschla-
gen und uns eine achtjährige Kontrolle diktiert — und
dann wären wir in acht Jahren genau so zum Narren
gehalten worden, wie in den vergangenen fünfzehn
Jahren.

Hitler konnte also nicht anders handeln, als er gehan-
delt hat. Der Erfolg seiner Politik beginnt sich bereits
heute — auch jenseits der deutschen Grenzen — immer
deutlicher abzuzeichnen. Es ist die selbstverständliche
Pflicht jedes einzelnen Deutschen, daß er diesen Erfolg
am 12. November sicherstellt. Der Führer hat nicht um-
sonst — und zum ersten Mal — um die Stimmen seiner
deutschen Volksgenossen gebeten. Es ist nicht nur die
Pflicht, sondern es ist eine einfache Dankeschuld, daß
jeder Deutsche, dem an der Ehre, der Freiheit und der
Zukunft seines Vaterlandes etwas gelegen ist, dem Rufe
des Kanzlers folgt und mit seiner Stimme für die Sache
des Rechtes, der Freiheit und der Ehre einsticht, für die
seit 1914 die grauen, die blauen, die schwarzen und die
braunen Kämpfer mit Blut und Leben eingetreten sind.

Daneben wird aber auf die Dauer nicht auf eigenen
kolonialen Besitz verzichtet werden können. Einen solchen
kolonialen Neuerwerb in Afrika lehnt der Nationalsozia-
lismus durchaus nicht etwa ab, sondern hat die Möglich-
keit sogar an seinem Programm Punkt 3 festgelegt, in
dem es heißt: „Wir fordern Land und Boden (Kolonien)
zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres
Bevölkerungsüberschusses.“

Wie steht es nun heute mit unseren Kolonien. Wir
wissen, daß man uns damals in schändlichster Weise um
die vereinbarte Friedensgrundlage betrogen hat. Von den
so berühmten 14 Punkten des Herrn Wilson sei in diesem
Zusammenhang Punkt 5 erwähnt, der die Kolonialfrage
regeln sollte. Hieß es nicht da: „Freie, weitherzige und
unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen An-
sprüche, unter strenger Beobachtung des Grundsatzes, daß
bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die
Interessen der betreffenden Behörden gleiches Recht haben
müssen wie die berechtigten Ansprüche der Regierung,
deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll.“

Nicht unerwähnt soll auch jenes Telegramm Soufres
nach Washington am 19. Oktober 1918 bleiben:

„Was sind die berechtigten Ansprüche Deutschlands?
Daß es einen Zugang zu den Rohstoffen in den Tropen
braucht, daß es ein Gebiet für seinen Bevölkerungsüber-
schuß notwendig hat, daß nach den vorgeschlagenen Frie-
densbedingungen die Eroberung keinen Rechtsanspruch
der Gegner begründet.“

Leider wissen wir allzu gut, was aus dieser freien,
weitherzigen und unparteiischen Schlichtung geworden ist.
Man hat weder Deutschland angehört noch die Eingebore-
nen befragt, sondern maßgebend allein waren die Ab-
machungen, die schon während des Kriege getroffen
waren. Man war ja wohl selbst von der Ungültigkeit

seiner Handlungen überzeugt und suchte nach einem Vorwand, den man in der kolonialen Schuldfrage zu finden glaubte. Daher operierte man mit moralischen Gründen, welche die Enteignung deutschen Kolonialbesitzes rechtfertigen sollten. Deutschland sollte nicht fähig sein zum Kolonisieren, das doch auf allen Gebieten vorbildlich arbeitete, das dank seiner rastlosen Tätigkeit auf medizinischem Gebiet den erfolgreichen Kampf gegen die Tropenkrankheiten aufnahm. Für alle Zeiten werden die Erfolge des Instituts für Tropenkrankheiten in Hamburg ein gerechtes Zeugnis ablegen für die wissenschaftliche Sendung des weißen Mannes.

Um den Kolonialraub gesetzlich in irgendeine Form zu bringen, ersand man das Wort „Mandat“, das in dem Burengeneral Smuts*) einen eifrigen Verfechter fand. Dieser südafrikanische Premierminister Smuts war es auch, der als erster in seinem Entwurf einer Völkerbundsatzung eine Mandatsregelung ursprünglich nur für die türkischen Gebiete in Vorschlag brachte, während Wilson dann diesen Gedanken aufgriff. So wurde aus dem Begriff Kolonialmandat wiederum ein Wort, das nur als Verschleiierung wahrer Tatsachen diente. In der Völkerbundsatzung ist die Mandatsfrage in Artikel 22 sanktioniert worden:

Artikel 22. Die nachstehenden Grundsätze finden auf die Kolonien und Gebiete, die infolge des Krieges ausgehört haben, unter der Souveränität der Staaten zu stehen, die sie vorher beherrschten und die von solchen Völkern bewohnt sind, die noch nicht imstande sind, sich unter den besonders schwierigen Bedingungen der heutigen Welt selbst zu leiten, Anwendung. Das Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker bilden eine heilige Aufgabe der Zivilisation, und es ist geboten, in die gegenwärtige Satzung Bürgschaften für die Erfüllung dieser Aufgabe aufzunehmen.

Der beste Weg, diesen Grundsatz durch die Tat zu verwirklichen, ist die Übertragung der Vormundschaft über diese Völker an die fortgeschrittenen Nationen, die auf Grund ihrer Hilfsmittel, ihrer Erfahrung oder ihrer geographischen Lage am besten imstande sind, eine solche Verantwortung auf sich zu nehmen, und die hierzu bereit sind; sie hätten die Vormundschaft als Mandatare des Bundes und in seinem Namen zu führen. Die Art des Mandats muß nach dem Maße der Entwicklung des Volkes, nach der geographischen Lage des Gebietes, nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen und allen sonstigen Umständen dieser Art verschieden sein. . . verbürgt muß weiter sein das Verbot der Errichtung von Befestigungen, oder von Heeres- oder Flottenstützpunkten, sowie das Verbot militärischer Ausbildung der Eingeborenen soweit sie nicht lediglich polizeilichen oder Landesverteidigungszwecken dient.

In den sogenannten Mandatsverträgen finden wir als eine Art Ausführungsbestimmung zu Art. 22 die Richtlinien für die einzelnen A-, B-, C-Mandate. Eine klare Definition des Begriffes Mandat zu geben, ist bei den verschiedenen Ausführungen nicht einfach. Ich möchte mich hier der von Strupp (Grundzüge des positiven Völkerrechts) anschließen, der sagt: Mandate sind von noch nicht zur Selbstregierung reifen Völkern bewohnte Gebiete, die auf Grund des Versailler und Lausanner Friedens von Deutschland bzw. der Türkei abgetreten und dem Völkerbund unterstellt, von diesem im fremdnützigen Interesse, nämlich im Interesse der Mandatsbewohner, nach verschiedenen Grundsätzen an Mandatarstaaten übergeben sind und von diesen im Namen des Völkerbundes und unter dessen Aufsicht verwaltet werden.

So sind gemäß der Völkerbundsatzung A-, B-, C-Mandate geschaffen worden.

*) Vgl. Smuts: The League of Nations, a practical suggestion. London 1918.

Franz Heckers Heimatkunst im Städtischen Museum zu Bielefeld.

Franz Heckers stille Bilder grüßen die laute Großstadt aus einer im Straßenlärm so oft vergessenen Heimat. In den Werken Franz Heckers spürt man eine klare, ruhige, in sich geschlossene Heimatkünstlerseele, die sich eingestimmt hat in die Melodie unserer Natur, unseres Bauernvolkes, unserer tiefsten Verbundenheit mit Gott. In jedem Bilde spürt man das innere Lauschen auf Schönheit und Kraft, auf das Liebe und das Erhabene, auf das heimliche Gotteswort, das aus den Dingen zu uns spricht. Darum ist es auch, als ob zu jedem Bilde beim Verweilen Betrachtenden irgendeine feine Melodie, ein Dichter- oder Bibelwort mitspricht, als ob eine Freude sich ankündigt, die kraftspendend uns in den Alltag begleitet will. Ja, Franz Heckers Bilder geben Kraft und Freude. Man muß sie nur aus deutschem Gemüt in der „stillen Stille“, wie Meister Eckhardt sagt, aufnehmen. So wirken sie nicht nur als Wort und Werk für sich, sondern werden vom Auge und vom Herzen im Werktag wiedergeboren und klingen nach. Durch die Heimat in stiller Schau in die innere Heimat einkehren, das Erlebnis möchte uns diese Ausstellung vermitteln.

So ist Franz Hecker ein Künstler, der sich nicht nur selber kündet, sondern vor allem die Dinge sprechen läßt. Darum liebt er sie auch und hält sie der Sorgfalt für würdig. Erinnert wird man an das Rilkewort: „Ich liebe Dich in allen diesen Dingen, denen ich gut und wie ein Bruder bin.“ Auch das andere Wort Rilkes paßt hierher:

„Nichts ist mir zu klein, ich male es trotzdem,
Und male es auf Goldgrund und groß,
Und halte es hoch, und ich weiß nicht wem
Löst es die Seele los.“

A-Mandate: In ihrem Bereich liegen die türkischen Gebiete (Syrien, Palästina und Mesopotamien).

B-Mandate: Zu ihnen gehören unsere Kolonien in Ostafrika (einschließlich Togo und Kamerun).

C-Mandate: Hierunter fallen Deutsch-Südwest, die Südfestungen südlich des Äquators, die Inselgruppe nördlich des Äquators und Samoa.

In der Geschichte des Völkerrechts ist es nicht unbekannt, die Verwaltung bestimmter Gebiete einem Staate durch internationale Vereinbarung zu übertragen. Auf der Konferenz von Washington im Jahre 1878 hatte man beabsichtigt, die Verwaltung Samoas einem Mandat Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten zu übertragen. Ebenfalls sei erinnert an Artikel 1 der Berliner Kongoaakte von 1885, wo der Name Mandat scheinbar zum ersten Mal direkt genannt wurde.

Was die rechtliche Auslegung betrifft, so sind verschiedene Versuche gemacht worden, die auch in der Folgezeit durch den Völkerbund sanktioniert wurden. So durch das Tanganyika Statut aus dem Jahre 1920 für Deutsch-Ostafrika.

Im Artikel 22 ist ebenfalls festgelegt, daß der Mandatar jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit einzureichen hat. Wir wissen jedoch, daß die Arbeit der Mandatare in unseren ehemaligen Kolonien, wie Augenzeugen in jüngsten Berichten schildern, sich keines besonderen Fortschrittes erfreut. Es sei hier nur auf die sehr reichlichen Veröffentlichungen der Berliner Börsen Zeitung (Nr. 447, 449) verwiesen, die gerade über „Deutsche Schutzgebiete unter Mandatsverwaltung“ sehr wertvolles Material bieten. In Art. 22 ist weiterhin für die Mandatare verboten, Befestigungen zu errichten, sowie Heeres- oder Flottenstützpunkte, ferner ist eine militärische Ausbildung der Eingeborenen verboten.

Es ist ja ein offenes Geheimnis, das Frankreich allein hiergegen schon in größtlicher Weise verstoßen hat. So hat es allein in Kamerun die Eingeborenen zum Zwecke auswärtiger Verwendung militarisieren. Wenn auch Frankreich im Gegensatz zu den Bestimmungen des Art. 22 in seinem Vertrag für die französischen Mandate Togo und Kamerun sich das Recht zusprechen ließ, für den Fall eines allgemeinen Krieges die Verwendung der im Mandatsgebiet ausgehobenen Truppen auch außerhalb des Mandatsgebietes zu verwenden. Der damalige französische Außenminister Pichon erklärte schon auf der Friedenskonferenz: Frankreich könne nicht auf das Recht verzichten, Freiwillige in den seiner Verwaltung unterstellten Gebieten, welche es auch sein mögen, einzustellen. Daher hat es sich als einzige Mandatsmacht in seinem Vertrag Artikel 3 folgendes aufnehmen lassen: Gleichwohl gilt es vorbehalten, daß die so ausgehobenen Truppen im Falle eines allgemeinen Krieges zur Zurückweisung eines Angriffs oder zur Verteidigung des Gebietes außerhalb des Mandatsgebietes verwendet werden dürfen.

Ein schon stärkeres Stück leistete sich Japan mit seinen Unterseebootsstützpunkten auf den Karolinen und Marianen. Japan dürfte überhaupt für die Zukunft einen Beweis für die Arbeit des Völkerbundes liefern. Wie innerlich bekam der Japaner vor dem Forum des Völkerbundes bezüglich seiner Aktionen gegen China Unrecht. Als Reagenz erfolgte ebenso schnell der Austritt aus dem Völkerbund. Es ist für die Praxis des Völkerbundes

... nur gute Qualitäten, zu niedrigem Preis,

besser bedient bei

Wäsche-Schmitz
DÜPPELSTRASSE 7-9

Der Weg zur Düppelstraße lohnt sich!

Darum darf man Heckers Bildern auch nahe treten zur vertrauten Zwiesprache mit seinen Gestalten, die aus Selbstbildern, Pastellen, Radierungen und Steinzeichnungen zu uns sprechen.

Da schauen wir die Bauerngesichter aus seiner Osnabrücker Heimat, aus denen „das Lied ihres Lebens“ klingt, von Arbeit und Mühe, Geschick und innerer Tüchtigkeit. Da sind die alten Veteranen, die markigen Bauern, das zarte, frühvollendete Mädchen mit dem Jenseitsblick, die derblustige Bäuerin, der sinnige alte Türmer über der herbstsonnigen Welt, auf Reithels Freund Tod wartend, das morgenfrische Bauernkind aus Rathme, das in selbstbewusster, eigenwilliger Schüchternheit unsere ganze liebe Dorfjugend mit in das Bild hineingebaut. Da sitzt der alte Osnabrücker Glasmaler Lueg vor seiner Staffelei und, von warmem Kerkerschein überglänzt, die bekümmerte Großmutter, betend vor dem Gottesbild in der Kirche zu Belm.

Da sind die vertrauten und verträumten Landschaften und Städte unserer Heimat: Osnabrück, Versenbrück, Jürg und andere, die Mühlen und Schlösser in der Klarheit und Feierlichkeit des Winterfriedens, im Duft der Mondnacht, im Blütenzauber des Frühlings, wo Frau Einsamkeit mit dem Künstler wandelte und auf der Geige neben ihm spielte. Franz Hecker soll ein feinsinniger Musiker sein. Das spürt man in fast allen seinen Bildern.

Da steigen die dunklen Wälder der Döme in Osnabrück empor ins Licht überirdischer Welt hinaus über das Geflimmer der kleinen Märkte. „Der Herr Wort aber bleibt in Ewigkeit“ predigen sie. Säulen recken sich, als wollten sie das Unendliche nicht lassen und emporstrebend bis an den Saum Gottes tasten. „Schweigend geht Gottes Wille über dem Erdenstreit.“ Dies Wort Wilhelm Raabes lag mir beim Betrachten der Bilder Franz Heckers immer im Ohr.

interessant, daß ein Staat, dem eine Entscheidung nicht paßt, einfach austreten kann. Ein Blick in die Völkerbundsatzung lehrt folgendes:

Artikel 1: Jedes Bundesmitglied kann nach zweijähriger Kündigung aus dem Bunde austreten, vorausgesetzt, daß es zu dieser Zeit alle seine internationalen Verpflichtungen einschließlich derjenigen aus der gegenwärtigen Satzung erfüllt hat.

Da Japan im März 1933 seine Kündigung eingereicht hat, wäre seine Mitgliedschaft also im März 1935 erloschen. Für uns wird es interessant sein zu sehen, wie der Völkerbund mit dem japanischen Anteil verfährt, falls der Japaner ihn überhaupt herausgibt. Die Rechtslage wäre aber immerhin auch für diesen Fall doch feststehend. Denn erstens kann nur ein Mitglied Mandatar des Völkerbundes sein. Hieraus folgt, daß das Mandatsverhältnis auch mit dem Austritt erlöschen muß. Denn nach oben erwähntem Art. 1, Abs. 3 der V.B.-Satzung wird der Austritt doch zwei Jahre nach Abgabe der Austrittserklärung wirksam, mithin wäre auch das Mandatsverhältnis als erloschen zu betrachten.

„Mandat ist Annexion.“ Trotz der großen Erklärung Wilsons vor dem Kongress am 2. April 1917 in der er feierlich betonte: „Wir beabsichtigen keine Annexionen“, ist der Lauf der Dinge ein völlig anderer geworden. Schon am 23. Januar 1919 gab es für Lloyd George nur drei Möglichkeiten zur Regelung der Kolonialfrage, nämlich

1. Internationalisierung oder direkte Administration durch den Völkerbund.
2. Trustship einer einzelnen Nation oder Mandatar.
3. glatte Annexion.

Daß er natürlich sehr lebhaft für die 3. Form eintrat, ist bekannt. Der machtpolitischen Wirklichkeit kommt man vielleicht am nächsten, wenn man das Mandat als Annexion oder zum mindesten als eine Art verschleierte Annexion betrachtet. Gewisse Feindbundsstaaten machen auch keinen Hehl aus dieser Auslegung. So berichtet die „Morningpost“ von den Absichten Englands, Deutsch-Ostafrika der englischen Kolonie Kenia einzuverleiben. Man hat hierzu auch schon einen neuen Grund erfunden, indem man sagt, daß Deutschland seine Minderheiten wie Polen und Juden nicht behandeln könne und sich deshalb nicht zur Kolonialmacht eigne.

In seiner großen Rede vor den ausländischen Pressevertretern hat Reichspropagandaminister Dr. Goebbels auf Befragen eines Australiers zum Thema Kolonialmandat folgendes geäußert:

„Solange wir an dem ungeheuren Werk des Wiederaufbaus in Deutschland zu schaffen haben, denken wir nicht daran, solche Fragen wie die der Kolonialmandate überhaupt in Erwägung zu ziehen, da sie die Lösung des großen Zentralproblems nur verlangsamten und stören würden.“

Möge der 7. Juli 1934, der Tag, an dem vor 50 Jahren zum erstenmal die alte, ruhmreiche schwarzweißrote Flagge am Mast in Afrika emporstieg, uns ein mahnendes Gedächtnis sein, das zurückzuholen, was unsere Väter einst erwarben.

Auto rast in Arbeitsdienstgruppe

Ein Arbeitsdienstwilliger getötet.

Sinken i. Weßf., 1. November.

In der Nacht fuhr ein Lastkraftwagen in eine Gruppe von Arbeitsdienstwilligen an einer Biegung der Halteer Straße hinein. Der Arbeiter Fritz Buescher aus Datteln wurde von dem Wagen überfahren und erlitt so schwere Verletzungen, daß er im Krankenhaus starb. Ein weiterer Arbeitsdienstwilliger trug schwere Kopfverletzungen davon. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Wagenlenker eine Unterjuchung wegen unvorsichtigen Fahrens eingeleitet.

Auch Motive aus anderen deutschen Ländern sind in einigen wenigen Bildern vertreten: Burg Lauffen am Neckar, Herrenberg in Schwaben, Weßigheim an der Eng. Auch sie zeigen die lyrische, romantische Verträumtheit, gesehen mit den Augen eines rechten Wanderers, dessen Herz ungeteilt blieb. Besonders möchte man noch hinweisen auf den Turm am Gotthardpaß, der mit seinem Abendglüh in die graue Einsamkeit des Tales wie ein Schein aus einer vergangenen Welt leuchtet.

Die Heimat Franz Heckers darf nicht vergangen sein und im Asphaltgetriebe der Städte zertreten und vergessen werden. Gemahnt und eingeladen sind wir, zurückzukehren in die Stille und in den Ernst unseres Landes, dem wir mit Blut und Herz verbunden sind, in die Wesenheit der stillen Dinge, in die innerste Heimat. So danken wir auch der Museumsverwaltung dafür, daß sie uns durch diese Franz-Hecker-Ausstellung solch ein Heimatleben schenkte.

Heinrich Meise.

Hinweis.

Was ist Schwan-Seifenpaste?

Eine weiche, weisse, reinigungskräftige Seifenpaste aus dem seit über 50 Jahren bewährten Dr. Thompson's Seifenpulver Marke Schwan nach folgendem Rezept:

1 Paket Schwan-Pulver in 1 1/2 Liter kochendem Wasser auflösen, gut umrühren und erhalten lassen, so erhält man 3 Pfund Schwan-Seifenpaste, die für alle Abseife- und Scheuerarbeiten, zum Einseifen besonders schmutziger Wäsche vorzüglich ist.

Dieses Schwan-Seifenpaste-Rezept ist ein Beweis für die unübertroffene Güte und die große Sparlichkeit von Dr. Thompson's Schwan-Pulver. Ein Normal-Paket Schwan-Pulver kostet nur 24 Pfg., 1 Doppel-Paket nur 44 Pfg. 3 Pfund Schwan-Seifenpaste, aus einem Normalpaket bereitet, kosten also nur 8 Pfg. das Pfund. Jede Hausfrau sollte einen Versuch machen.

Interview ein

— Basel, 31.

Offizier hat sich w. deutschen Durchma. mehrminister Gen. um Beantwortung. In der Erwiderung. wiederbegeben wi. vom militärischen. aus die Unsinngig. dar, die ja nicht v. befragt ist, stamm. mit bestimmten M. schmächtige Land d. stierten Zone ringe. Sicherung seiner. zende, von Verb. gebene Frankreich. abfurd. Wenn be. fischen Grenzbeses. Durchbruch durch. Blick auf die Kart. der Kampfesgeist. nicht unterschätzt. unmöglich, einen d. Belfort, zwischen. schwierige Schweiz. reich hineinzubrin. gen dieser Stoftri. der französischen. kräfte genügten h.

Kommun

Ergänzung d

Im Reichstags. lation. Der Glaser. dem Gefängnis vo. Raubes eine Gefä. dungen, die größte. mung des Zeugen. gabe an die Gefä. mehr über die Bef. ger anstellen. Die. ner ersten Auslag. der Vernehmung u. des Zeugen gefä. Im einzelnen. drücklich auf die. u. a. aus:

Ich war frühe. gearbeitet. Ich ge. Torgler in Hamb. wurde durch den E. gemacht. Ich frag. habe. Torgler sag. anbewahren. Im. er hätte für mich. spielen wolle, solle. den Nationalsozia. durch diese Arbeit. Nationalsozialism. man müßte öffent. den Reichstag. D. wegung unbefann. kommen.

Vorhänder: Torgler? Zeuge: damals Torgler e. legen. Torgler lag. den sollte. Ich sol.

Dann wollte. men und mir zeig. und wie ich laufe. Aufmerksamkei. a. und umherlaufen. gefangen werden. schwinden können.

Nach seinen r. mann im Mai u. gekommen. Am t. Torgler „Rudi“ u. nung in Hambu. Schriftstücke zu e. Lebermann will. Torgler nochmals. den Magen gab. müssen. In die. 1932 die Verhaft. nach der Darstell. Abreise aus Han. raten ist.

Nach dieser. gen, ob alles da. lich wahr sei. 3. nicht früher gem. Leben gefährdet. bei der Gegenü. daß der Mann, ist. Für die Zu. oder seiner Fan. Nach der V. Angeklagte T. zu dieser Ausso. druck geben, dan. richt folche Unu. habe diesen Wa. tenne keinen M. Mal in Krefeld. bungs des Rhein.

Entscheidung nicht
in die Wölke.

nn nach zweijähr-
eten, vorausgelegt,
tionalen Verpflich-
der gegenwärtigen

ndigung eingereicht
n März 1935 erlo-
zu sehen, wie der
verfahren, falls der
Rechtslage wäre
feststehend. Denn
ar des Völkerverbun-
atsverhältnis auch
nach oben erwähn-
wird der Austritt
Austrittserklärung
atsverhältnis als

großen Erklärung
ril 1917 in der er
ine Anexionen“, ist
geworden. Schon
George nur drei
ationalfrage, nämlich
kte Administration

on oder Mandatar,

ie 3. Form eintrat,
Birklichkeit kommt
n das Mandat als
Art verschleierte
undtaten machen
g. So berichtet die
lands, Deutsch-Ost-
inzverleiben. Man
nd erfunden, indem
arbeiten wie Polen
sich deshalb nicht

skändischen Presse-
ster Dr. Goebbels
hema Kolonialman-

Werk des Wieder-
haben, denken wir
Kolonialmandate
sie die Lösung des
hamen und stören

den vor 50 Jahren
warzweifrote Flagge
ein mahnendes Ge-
unsere Väter einst
W. V.

ntstgruppe

ff., 1. November.
gen in eine Gruppe
ung der Halterer
lescher aus Datteln
id erfüllt so schwere
Harb. Ein weiterer
verletzungen davon.
agenleiter eine Un-
s eingeleitet.

en Landen sind in
Burg Lauffen am
tgeheim an der Eng-
sche Vertraulichkeit,
Wanderers, dessen
chte man noch hin-
aß, der mit seinem
des Tales wie ein
uchtet.

nicht vergangen sein
zertreten und ver-
en sind wir, zurück-
ist unseres Landes,
unden sind, in die
innerste Heimat. So
tung dafür, daß sie
lung solch ein Ge-
Seinrich Meise.

atte?
Seifenpaste aus dem
ompson's Seifenpulver

hochendheitem Wasser
lassen, so erhält man
Abseif- und Scheuer-
mühtiger Wäsche vor-

ein Beweis für die
inheit von Dr. Thomp-
Schwan-Pulver kostet
g. 3 Pfund Schwan-
seitet, kosten also nur
einen Versuch machen.

Wer bedroht die Schweiz?

Interview eines schweizerischen Offiziers mit dem Reichswehrminister — Entlarvte Lügen

Basel, 31. Oktober. Ein höherer schweizerischer Offizier hat sich wegen der angeblichen Enthüllungen von deutschen Durchmarschplänen durch die Schweiz an Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg gewandt und um Beantwortung verschiedener genauer Fragen gebeten. In der Erwiderung, die von der „Neuen Zürcher Ztg.“ wiedergegeben wird, legt der Reichswehrminister sowohl vom militärischen als auch vom politischen Standpunkt aus die Unsinnigkeit solcher Behauptungen und Gerüchte dar, die ja nicht von einem Schweizer, der um sein Land besorgt ist, stammen, sondern aus einer dunklen Quelle mit bestimmten Absichten. Deutschland als das militärisch schwächste Land des Kontinents, mit seiner entmilitarisierten Zone rings um die dürtigsten Vorbedingungen zur Sicherung seiner Grenzen. Ihm gegen das waffenstarrende, von Verbündeten im Osten und Südosten umgebene Frankreich einen Angriffswillen zuzuschreiben, sei absurd. Wenn behauptet werde, der Gürtel der französischen Grenzbefestigung im Osten lege Deutschland den Durchbruch durch die Schweiz nahe, so lehre schon ein Blick auf die Karte das Gegenteil. Selbst wenn man von der Kampfesgeist der schweizerischen Armeen absehe, die nicht unterschätzt werden dürfe, so sei es schon deswegen unmöglich, einen deutschen Stoßkeil unter Umgehung von Belfort, zwischen Jdsstein und dem Bodensee über das schwierige schweizerische Durchmarschgelände nach Frank- reich hineinzubringen, weil die rückwärtigen Verbindungen dieser Stoßtruppe gewissermaßen unter den Kanonen der französischen Festungsfront liegen. Französische Teilkräfte genügen hier, um jeden Tag die Falle zugumachen.

man habe den deutschen Offizier bisher doch höher eingeschätzt, als daß man ihm eine solche Wahnsinnstat zutrauen könnte.

Der Minister erinnerte dann an die Erfahrungen des Weltkrieges und stellt die rhetorische Frage, wo der Schwerpunkt der schweizerischen Grenzsicherung gelegen sei, an der deutschen oder französischen Grenze, und in welchem Generalstabe 1918 eine Offensive durch die Schweiz erwogen worden sei. Die Achtung Deutschlands vor dem Schweizer Volk und seinem altüberlieferten Behergeist dürfte wohl Deutschland vor dem Verdacht bewahren, unter Verletzung der schweizerischen Souveränität militärische Durchmarschpläne zu hegen. Was die politische Seite anbelange, so habe ja der Reichskanzler erst vor kurzem ausdrücklich erklärt, daß es zwischen Deutschland und Frankreich keinen moralisch oder vernünftig zu rechtfertigenden Grund für einen Kampf gebe.

Norman Davis reißt ab!

Wieder Verwicklungen in Genf.

Genf, 31. Oktober.

Norman Davis, Amerikas Delegierter auf der Abrüstungskonferenz, entschloß sich überraschend, über Paris nach Washington abzureisen.

Wie verlautet, ist der Plan Hendersons, das Büro der Abrüstungskonferenz am 8. November zusammenzutreten zu lassen, am Widerstand einiger Mächte gescheitert. Jetzt spricht man davon, daß das Büro am 6. November zusammenzutreten werde.

bin nie auf Stunden in Hamburg gewesen, sondern habe in Hamburg mehrere Male Tagungen der Reichspostbeamten, des Reichsbundes der Kommunalbeamten und einige Versammlungen besucht. Von allem, was dieser Zeuge hier erzählt hat, ist nicht ein kleines Wörtchen wahr, erlogen von Anfang bis zu Ende.

Zeuge Lebermann, der, wie der Vorsitzende noch mitteilt, nach seiner Eingabe an die Gefängnisverwaltung vom Amtsgericht Lübeck im Interesse einer wahrheitsgemäßen Aussage vereidigt worden ist, verbleibt auch nach der Erklärung Torglers dabei, daß seine Schilderung der Wahrheit entspricht, und äußert sich dann noch über den genauen Zeitpunkt seiner Zusammenkünfte mit Torgler. Der Angeklagte Dimitroff benimmt sich indessen geradezu unerhört und leistet sich wahrhaft Ungeheuerliches!

Es werden dann die Angestellten des Adinger-Lokals am Bahnhof Friedrichstraße vernommen, das Torgler mit Roenen und anderen Kommunisten in den Abendstunden des Brandtages ausgelacht hat. Der Verlust, den genauen Zeitpunkt des Erscheinens Torglers in diesem Lokal festzulegen, gelingt auch diesmal noch nicht. Auch der Geschäftsführer dieses Lokales, Hoeft, kann nur bekunden, daß die Kommunisten das Lokal zwischen 8 und 8.30 Uhr betreten haben, ohne aber mit Bestimmtheit bekunden zu können, daß es vor 8.30 Uhr gewesen ist.

Von Wichtigkeit ist dagegen die Aussage des Geschäftsführers Hoeft, dem aufgefallen ist, daß bei dem Bekanntwerden des Reichstagsbrandes im Lokal an dem Tisch Torglers ziemlich Ruhe herrschte, während alle anderen Gäste sehr erregt waren und teilweise das Lokal verließen. Zeuge hat so den Eindruck gewonnen, als hätten Torgler und seine Begleiter bereits gewußt, daß der Reichstag brennt.

Vom Oberreichsanwalt befragt, warum er in der Nacht nach dem Reichstagsbrande nicht seine Wohnung aufgelaufen habe, erklärt der Angeklagte Torgler, das habe er vor allem deshalb nicht getan, weil die Bahn nach Karlsruhe schon weg gewesen sei. Im übrigen gebe er aber zu, daß er „außerordentlich aufgeregt und besorgt gewesen sei, weil er in Karlsruhe hätte dunkle Straßen passieren müssen.“

Zum Schluß der Sitzung wird der 26jährige Student Perl vernommen, von dem gesagt worden ist, daß er vielleicht mit van der Lubbe verwechselt worden sei. Zeuge erklärt, er sei am 27. Februar zwar im Reichstag gewesen, jedoch nur im zweiten Obergeschoß, und nicht mit Torgler zusammen. Der Oberreichsanwalt stellt danach fest, daß der Zeuge Perl also unmöglich mit dem Mann verwechselt worden sein kann, der mit Torgler zusammen im ersten Obergeschoß gesehen worden ist.

Kommunistischer Bombenanschlag vereitelt

Hamburg, 31. Oktober.

Polizeibeamten fiel bei einer nationalsozialistischen Versammlung im Hamburger Stadtteil Horn-Billbrook, in der Reichsstatthalter Kaufmann sprach, ein Mann auf, der aus dem Hintergarten mit einem Paket in den Versammlungsraum einzudringen versuchte.

Auf Anruf warf der Mann das Paket fort und gab auf die Beamten einige Schüsse ab, wobei ein Beamter durch Streifschuß leicht verletzt wurde. Als die Beamten ihrerseits von der Schusswaffe Gebrauch machten, ergriff der Täter die Flucht und warf die Pistole von sich. Es gelang ihm, zu entkommen. Bei der Bombe handelt es sich um eine Konservenbüchse, die mit hartgepreßter Zellulose gefüllt, als Brandbombe geworfen werden sollte.

Erlaß über Verleihung von Ehrenbürgerrechten. Nach einem preussischen Rundverlaß ist dem preussischen Minister des Innern binnen zwei Wochen zu melden, an welche Personen nach dem 30. Januar 1933 Ehrenbürgerrechte verliehen worden sind. In Zukunft bedarf die Verleihung von Ehrenbürgerrechten — ausgenommen der Reichspräsident, der Reichskanzler und der Ministerpräsident — der ausdrücklichen vorherigen Genehmigung durch den preussischen Minister des Innern.

Göring in Würzburg

Der preussische Ministerpräsident Göring sprach zum ersten Mal in seinem Heimatland über die Bedeutung der Volksabstimmung. Der Jubel, mit dem Würzburg den Ministerpräsidenten begrüßte, war groß. Die Frankenhalle war brechend voll und mit Tannengrün und den Fahnen der nationalen Erhebung festlich geschmückt. An der Stirnseite leuchtete ein riesiges Hakenkreuz, hinter dem Rednerpult der Wald der Fahnen der siegreichen Bewegung. Als dann Ministerpräsident Göring den Saal betrat, brauste grenzenlose Begeisterung auf.

Der preussische Ministerpräsident überbrachte der Versammlung die Grüße des Führers, der ihn beauftragt habe, für ihn an dieser Stelle zu sprechen. Ministerpräsident Göring schilderte sodann in eindringlichen Worten die überragenden Leistungen der Regierung des Führers in den vergangenen acht Monaten.

Dieses große Werk zu vollbringen sei Adolf Hitler nur gelungen, weil er es verstanden habe, in den Rahmen des Deutschen Reiches die Geschlossenheit eines Volkes hineinzustellen.

Konflikt mit Rußland beseitigt

Die Pressevertreter werden wieder zugelassen.

Berlin, 31. Oktober.

Nachdem der bekannte Journalistenkonflikt in letzter Zeit wiederholt Gegenstand diplomatischer Unterhaltungen zwischen Deutschland und der UdSSR gewesen ist, hat über diese Angelegenheit kürzlich eine Botschaft zwischen dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath und dem Botschafter der UdSSR, Chintshuk, stattgefunden.

Dabei ist eine Verständigung über die Beilegung des Konfliktes erzielt worden. Ausgangspunkt und Grundlage der Verständigung ist die Übereinstimmung der beiden Regierungen darüber, daß die Visage der beiderseitigen Beziehungen von der Verschiedenheit der Regierungssysteme in den beiden Ländern unberührt bleiben muß. Die Journalisten der Sowjetunion werden ihre Tätigkeit in Deutschland und die deutschen Journalisten ihre Tätigkeit in der Sowjetunion wieder ausüben.

Amerikaner beim Kanzler

Reichskanzler Adolf Hitler empfing Karl von Wiegand, einen der maßgebenden Persönlichkeiten der amerikanischen Pressewelt. Die Zeitungen des Hearst-Presse-Konzerns, der Herr von Wiegand repräsentiert, berichten über dieses Interview allenthalben auf der ersten Seite in großer Aufmachung. Als besonders interessant für die amerikanische Öffentlichkeit und wichtig für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland wird die Äußerung des Führers hervorgehoben, daß er den Parteigenossen im Auslande strengstens unterjage, nationalsozialistische Propaganda zu betreiben.

Die notwendige Folge einer solchen Propaganda sei die Gefährdung der freundschaftlichen Beziehungen des Auslandes zu Deutschland, auf deren Aufrechterhaltung die deutsche Regierung den größten Wert lege. Er, der Führer, werde nicht davor zurücktreten, Zwiderhandlungen rücksichtslos durch Ausschluß aus der Partei zu ahnden.

Die amerikanische Presse stellt die gute Wirkung dieses Interviews fest. Es sei gerade zur rechten Zeit gekommen, nachdem bekanntgeworden sei, daß das Kongreßmitglied Dickstein Material über angebliche nationalsozialistische Propaganda in USA, am 14. November im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß vorlegen wolle. Durch dieses Interview werde einwandfrei bewiesen, daß solche Propaganda, wenn sie wirklich von unbefugten und verantwortungslosen Leuten getrieben sein sollte (was bisher nicht im geringsten bewiesen ist), von dem Führer auf das schärfste mißbilligt und verboten wird.

Aufruf an den Arbeitsdienst

Treue zum Führer!

Staatssekretär Hirtel hat in seiner Eigenschaft als Führer des Reichsverbandes Deutscher Arbeitsdienstvereine einen Aufruf an den Arbeitsdienst gerichtet, in dem es heißt:

Bringt das felsenfeste Vertrauen und die unerschütterliche Treue, die jeden rechten Arbeitsdienstler mit dem Führer verbindet, bei der Wahl am 12. November zum Ausdruck! Sorgt dafür, daß alle Eure Bekannten dem Rufe des Führers folgen! Helft in jeder Weise mit, daß die Wahl am 12. November eine überwältigende Kundgebung des Vertrauens zu unserem Führer wird! Das Ausland soll erkennen, daß das deutsche Volk wie ein Mann zum Führer steht, entschlossen, ihm auf allen Wegen zu folgen.

Der Stimmzettel

So wählt am 12. November jeder Deutsche!

Reichstagswahl

Wahlkreis

Nationalsozialistische
Deutsche Arbeiterpartei
(Hitlerbewegung)

Adolf Hitler

Rudolf Hess, Dr. Wilhelm Frick, Hermann
Göring, Dr. Joseph Goebbels, R. Wal-
ther Darré, Franz Seidler, Franz von
Papen, Alfred Hugenberg.



Der letzte Reiter von Mars-la-Tour

Essen, 1. November.

Einer der letzten Veteranen des Krieges 1870/71, der Schreinermeister Albert Grünwaldt, der den deutsch-französischen Feldzug als Dragoner mitgemacht hat, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Sein Regiment ritt die historischen Todesattachen bei Mars-la-Tour und Gravelotte mit.

Er gehörte zu den zwölf Reitern, die als einzige von seiner Schwadron dem todbringenden Feuer der französischen Batterien entrannten. Das Pferd wurde ihm unter dem Beibe erschossen. Grünwaldt schwang sich auf das nächste der vielen zurückgaloppierenden Rosse, wobei er zu seinem Entsetzen feststellen mußte, daß eine Granate dem Tier den Unterkiefer hinweggerissen hatte. Trotzdem brachte es seinen Reiter unverfehrt in Sicherheit. Nun hat man den Alten zu Grabe getragen. Eine SA-Abordnung hat ihm das letzte Geleit gegeben.

Zusammenschluß der Mission im Deutschen Evangelischen Missionstag.

Der Deutsche Evangelische Missionstag trat in diesen Tagen in Barmen mit den Vertretern aller Missionsgesellschaften zusammen, um über die Richtlinien zu beraten, nach denen der Einbau der deutschen evangelischen Mis-

sion in die Kirche vollzogen werden soll. Die Führer der Neueren Mission begrüßten mit besonderem Dank die Zusage der Kirchenleitung, daß sie gemäß Artikel 4 der Kirchenverfassung die deutsche Missionsarbeit unter ihre fördernde Obhut zu nehmen gewillt sei und an dem geschichtlichen Werden der deutschen Missionsarbeit wie auch an der Freiwilligkeit der Missionsgaben nicht zu rühren beabsichtige. Die von dem Deutschen Evangelischen Missionsbund vorgelegten Richtlinien bieten die Grundlagen für die Neugliederung der Mission, über die die Reichskirchenregierung demnächst die endgültige Entscheidung treffen wird.

Durch einstimmigen Beschluß wurde ein Deutscher Evangelischer Missionstag begründet, dem alle evangelischen Missionsgesellschaften und Organisationen angehören. Ferner haben sich 7 von den im nahen Orient arbeitenden deutschen Missionsgesellschaften zum „Christlichen Orientwerk“ zusammengeschlossen.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Huttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Am: Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.
Mittwoch: Bibelstunde.

— Frauenhilfe. Mittwoch nachm. 3½ Uhr Affapheum
Thema: „Vom Werk zum Ziel“.

— Unsere Blaukreuzstunde ist an jedem Donnerstag
abend 8 Uhr in Gosen. Jeder ist herzlich willkommen.

— Tonfilm-Vorführung im Affapheum.

„Der schwarze Husar“, so lautet der Titel des vaterländischen Filmes, der am Sonntag, 5. November, 20 Uhr im Affapheum vorgeführt wird. Er führt uns in das schicksalsschwere, für Preußen so entscheidungsvolle Jahr 1812, da die Franzosenherrschaft schwer auf Land und Volk lastete, da aber der Funke des Widerstandes zur Flamme emporleuchtete. Mehr soll hier nicht verraten werden.

Im Beiprogramm: „Der Appetit kommt beim Sehen.“ Dazu Wochenchau Nr. 79.

Vorführungszeiten: Samstag 16 Uhr für die Männerhäuser, Sonntag 14.30 Uhr für die Frauenhäuser, Sonntag 20 Uhr für die gesunde Gemeinde.

Einlaßkarten im Vorverkauf (Ophir-Kasse, Anstaltspost, Telefonhaus) für Erwachsene 70 Pfennig, für Schüler 40 Pf. An der Abendkasse einheitl. 80 Pf. (Reichsgeld).

**Seit 1827****F. Buddeberg**

BIELEFELD

im Ravensberger und Lipper Land bekannt und bevorzugt für den Einkauf von preiswerten Qualitätswaren. Treue Kundschaft von Generation zu Generation ist der beste Beweis für die dauernde Leistungsfähigkeit. Darum kaufen Sie auch heute vertrauensvoll

Kleidung, Stoffe, Wäsche, Betten, Gardinen u. Teppiche

in Bielefeld bei Buddeberg.

Besuchen Sie bitte unverbindlich meine Abteilungen. Am Donnerstag, den 2. November, ist mein Geschäft mittags durchgehend geöffnet.

**Buddeberg**

Das deutsche Haus für preiswerte Qualitäten

Bielefeld

gegenüber der Altstadt Kirche.

Obstbäume, Beerensträucher

beste Sorten

Rosen u. Stauden in guter Auswahl**Blumenzwiebeln,****Erdbeerpflanzen****Dahlien, Knollengewächse****Ziersträucher, Heckenpflanzen****Nadelgehölze, Schlingpflanzen**und sonstige **Gartenartikel** bietet an die**Gärtnerei der Anstalt Bethel**

bei Bielefeld

Zum Scheuern,
Schrubben, Putzen,
stets Thompson's

Schwan

benutzen!



Dr. Thompson's Schwan-Pulver für Wäsche und Haushalt seit über 50 Jahren bewährt, sparsam, billig, vollkommen unschädlich.
Paket 24 Pfg. Doppelpack 44 Pfg.

Suche für gebildete 21jährige
Abiturientin, in Kochen und Hausarbeiten tüchtig.

Stellung

in sorgf. geführtem, feinem Hause.
Taschengeld erwünscht.

Frau D. Hennig, Hamburg 25,
Claudiusstr. 7

Hasliberghaus Goldern

Evang. Erholungsheim an wundervoller Alpenlage des Berner Oberlandes, 1060 m, sorgfältigste Verpflegung (auch Diät und Rohkost). Geistigere, freudig. Hausgemeinschaft. Erfolgreiche Herbst- und Winterkuren. Illustrierten Prospekt vom Hausvater
Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bobius, Bielefeld, ist die
Scheitelt meines

Honig.

Leptobliker, Dose 9 Pfd. netto 8.90 RM, vorwiegend Klee-Lindenblüte 10.90 RM, h. l. b. 12 Pfd. 5.50 RM und 5.10 RM frei Haus. Nachnahme 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.

Krieger, Borgeln 2, Nr. 508.
Dieser Honig ist auch in Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel zu haben.

Jetzt ist es Zeit

Ihre Winterkleidung nachzusehen. Ihr

PELZ

muß unbedingt erneuert bzw. modernisiert werden.

Ich führe eine große Auswahl in modernen Pelzen

zu billigsten Preisen, auch Pelzbesatz, Krawatten, Füchse, Würger etc.

Spezialität: Persischer**Fr. Peperkorn**

Bielefeld, Kindermannstr. 12

Nähe Oberstraße

Versand seit 30 Jahren

Reklame Kolli

br. 3 Pfd. Kiste Fettbuckel, 2 Dos. Rollmops, 2 Dos. Geleeh., 2 Dos. Bratfisch, 2 Dos. Kronslid, 2 Dos. Bismarckh., 2 Dos. Fetther. Alle 12 Dos. und 1 Kiste 3.75 Mk. Franko 90 Pfg. extra. Gar. Zurückn. Alles lecker. E. Napp, Altona 8357

KAFFEE

nur gute handverlesene Qualitätsware
täglich frisch, aus erster Grobbrösterei

DREI Beispiele: Guatemala-Mischg. Mk. 2.08
Costa-Rico-Guatem. Mk. 2.28
Columbia m. Maragog. Mk. 2.42

Probesendungen je 1 Pfd. Mk. zusammen 6.70 franko geg. Nachn.
durch Viktor Erdmenger, Löhne i. Westf. 19

Evangelischer Verlag

in Berlin sucht tüchtigen Paster und Lagerverwalter. Nur solche Männer wollen sich melden, die lange Erfahrung in solcher Tätigkeit haben, an flottes, umsichtiges Arbeiten gewöhnt sind, über beste Zeugnisse verfügen und Liebe zur Mission und zur Ausbreitung von Gottes Wort befehen. Kurzes Angebot unter A 3596 an die Geschäftsstelle d. Bf.

Moderner
Ulster-Paletot

39.-

Je kälter die Tage, desto wärmer die Kleidung. Da ist Hettlage-Kleidung richtig, das Beste was Sie tragen können. Bitte prüfen Sie: Fix u. Fertig koste ich nur
Mk. 24.- 29.- 39.- 44.-

Die schnell beliebte Wollvlies Kleidung a. garant.
reiner Schurwolle Mk. 48.- 58.- 68.- u. höher
in Bielefeld nur bei

Hettlage

Größtes Spezial-Haus für die gute Herren- und Knaben-Kleidung

Donnerstag, d. 2. Nov. Bauerntag in Bielefeld - durchgehend geöffnet

Anzeigen aus Bethel

Mittwoch, d. 1. November, Donnerstag, d. 2. November, und Freitag, d. 3. November, veranstalten wir im großen Saale des Hauses Gosen eine Handarbeitsausstellung. Hier ist Gelegenheit gegeben, unsere reiche Auswahl vorgezeichneter, angefangener und fertiger Handarbeiten nebst vielen Garnmaterialien in großen Farbsortimenten kennenzulernen.

Ein Besuch dieser Ausstellung, zu der wir herzlich einladen, ist sehr zu empfehlen.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.
— Wo sind irtümlich 2 mit rotem Inlett versehene Rissen abgegeben worden, welche für Bethanien bestimmt sind? Gegebenenfalls bitten wir um telefonischen Anruf. Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Nr. 235.

Die da such
Heimweh
Die ein ir
Hinterb
Die im Dä
Graben na
Alle, die m
Meinen D

Pr

Eine neue Be
Gawe. Das deut
dadurch, daß m
dem Zurückfinke
Staatsführer fin
gerade der Deut
allzu bald erschl
wird geredet. W
geistige Haltung

Ohne viel V
zwei grundlegende
getroffen worden
Zukunft zeigen
der Agrarpolitik
Sehen wir v

Gefügung ab,
Der wesentliche
das Getreide, ist
geschützt worden.
delt es sich, solle
der Preis absinken
Landwirtschaft a
untergraben wird

Der Landwirt
zugebilligt word
führung, die sogea
Man denke sich
stellt die Indezg
jenige der indust
Schenkel weit a
bei 100 als Bez
ergibt sich noch
Landwirtschaft g
Agrarstoffe 91 b
114. Mit ander
Erzeugnisse 91
ritieller Fertigm
Der Bauer scheit
weiter die Sche

In einer gu
aber beide Sche
findet die Indu
Binnenmarkt. U
soll. Soll der p
dauerhafte folge
Die Steigerung
Kaufkraft und
nicht so sehr die
Kaufkraft. Wer
bedarf in Deut
harrt. Es fehlt
Kaufkraft.

Also muß Ro
mals willkürlich
wird hohe Preis
— verrottet. D
werden unter b
Abnehmer, der
Die Staffelu

Oktober
November
Dezember
Januar
Februar
März 34
April 34
Mai 34
Juni 34

Re
Die Roggen
res 1930, das
per 1000 Kilo
im Jahre 1930
ausmachten. E
Stadtbevölkeru